

## **61 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP**

---

# **Bericht**

## **des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft**

### **über den Entschließungsantrag 26/A(E) der Abgeordneten Anna Elisabeth Aumayr und Genossen betreffend land- und forstwirtschaftliche Standortsicherung**

Die Abgeordneten Anna Elisabeth Aumayr und Genossen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 30. Jänner 1996 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Nach dem EU-Beitritt Österreichs registrierten sowohl Wirtschaftsforscher als auch einzelne Mitglieder der Bundesregierung eine massive Abwanderung von Firmen und Arbeitsplätzen in die östlichen Nachbarländer. Dieser Entwicklung soll nun mit massiven Anstrengungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich gegengesteuert werden.

Das Verschwinden von Arbeitsplätzen auf Österreichs Bauernhöfen wird dagegen von Ökonomen und Regierungsmitgliedern offenbar als natürlicher Prozeß betrachtet, obwohl FPÖ-Mandatare bereits seit zehn Jahren vor dieser unheilvollen Entwicklung warnen, die durch den EU-Beitritt noch zusätzlich beschleunigt wird.

Die Zahl der Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft verringerte sich von 265 500 im Jahre 1985 auf 182 200 im Jahre 1994; diese Zahlen enthalten das jeweils arbeitslos gemeldete Guts- und Forstpersonal im gesamten Bundesgebiet.

Tatsächliche Arbeit leisten in der Land- und Forstwirtschaft allerdings wesentlich mehr Menschen: der Mikrozensus weist 293 700 Personen im Jahr 1985 aus, 1994 nur mehr 245 400 Menschen. Darin sind die mithelfenden Familienangehörigen enthalten, nicht aber die mithelfenden Schüler/innen und hauptberuflich außerhalb tätigen Familienmitglieder.

Sowohl die Basisversorgung der österreichischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln als auch die landschaftserhaltenden Maßnahmen werden also in steigendem Maße von Menschen getätigter, die dafür keine Gegenleistung erhalten, sondern auf Wunsch der ehemaligen EU-Staatssekretärin und nunmehrigen SPÖ-Generalsekretärin sogar aus der Mitversicherung im Sozialsystem ausgeschlossen werden sollen.

Diese absichtliche Preisgabe einer ganzen Bevölkerungsgruppe, die seit mehr als 1 000 Jahren für die Kultivierung und Besiedlung des Alpenraumes verantwortlich tätig war, verursacht unabschätzbare soziale, ökologische und volkswirtschaftliche Nachteile.“

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat den gegenständlichen Antrag in seiner Sitzung am 5. März 1996 in Verhandlung genommen.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Andreas Wabl, Ing. Mathias Reichhold, Hans Helmut Moser, Anna Elisabeth Aumayr sowie der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Mag. Wilhelm Molterer.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag nicht die Zustimmung der Ausschußmehrheit.

Zum Berichterstatter für das Haus wurde der Abgeordnete Josef Schrefel gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1996 03 05

**Josef Schrefel**

**Gerog Schwarzenberger**

2

61 der Beilagen

Berichterstatter

Obmann